

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 27. März 2014

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/q5x>

Armut in einem reichen Land ist ein Skandal

Bremen ist zwar ein Haushaltsnotlageland, aber im Grunde genommen eine wirtschaftlich starke Region – und: Bezogen auf die Bevölkerungszahlen leben im Bundesland Bremen (nach Hamburg und Bayern) die drittmeisten MillionärInnen. Die Kehrseite der Medaille: Im Land Bremen leben bundesweit die meisten Menschen in Armut, mehr als ein Fünftel der EinwohnerInnen. Schlimmer noch: Mehr als ein Drittel der Bremer und Bremerhavener Kinder sind von Armut bedroht – auch damit ist Bremen bundesweit an der Spitze. Gehört die Bekämpfung der sozialen Spaltung ohnehin schon zu den Schwerpunkten der rot-grünen Koalition, soll nun aber verstärkt gemeinsam gegen Armut in Bremen gearbeitet werden. Hierzu haben die in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Fraktionen die Einsetzung eines Parlamentsausschusses beschlossen: „Ausschuss zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung“.



Der Fraktionsvorsitzende Matthias Güldner, der sich wesentlich an der Ausgestaltung des Arbeitsauftrags des Ausschusses beteiligt hatte, bezeichnet Armut in einem reichen Land wie Deutschland als gesellschaftlichen Skandal. Deshalb ist es nur zu richtig, in einer wohlhabenden dynamischen Gesellschaft, wo

es vielen Menschen gut geht, den Fokus auf die Menschen zu richten, denen es nicht gut geht. So ist der Grundgedanke für die Einrichtung eines solchen Ausschusses, wie die Ursachen von Armut ressortübergreifend und strategisch bekämpft werden können. Dabei sollen bestehende Maßnahmen auf den Prüfstand und weiter gedacht werden, was noch getan und besser getan werden kann, um die betroffenen Menschen aus der Armut herausholen zu können. Dabei, so stellt Güldner klar, ist der Ausschuss nicht als Konkurrenz zu den bestehenden sozialen Initiativen der Zivilgesellschaft zu sehen, sondern als weiterer Beitrag zur Lösung der Probleme. Für die Grünen spielt dabei selbstverständlich etwa die Frage der Umverteilung eine große Rolle, beispielsweise Ungerechtigkeiten bei den Steuern im Bund wie beim Spitzensteuersatz oder der Erbschaftsteuer. Im Ausschuss werden die Grünen selbstverständlich auch die harten politischen Entscheidungen im Ausländerrecht wie Kettenduldungen und Arbeitsverbote thematisieren.

Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung: küstennahe Kompetenz erhalten

Vom damaligen Bundesverkehrsminister Ramsauer (CSU) angeschoben, läuft seit Mai 2013 die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. Dabei sollen die Aufgaben von einer Generaldirektion in Bonn geführt werden. Hierdurch effizienter und effektiver zu arbeiten, ist zu

Was noch?

Aus der Fragestunde:

Zur Lösung der Probleme der freiberuflichen Hebammen (hohe Berufshaftpflichtprämien, Rückzug des Versicherungsmarkts) gibt es eine Bundesratsentschließung aus diesem Monat, die vom Bundesland Bremen unterstützt wird.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

in der Bremischen Bürgerschaft

begrüßen (zumal es heißt, es gebe weniger Binnenschiffer als Verwaltungsbeschäftigte). Davon bedroht ist allerdings auch die Wasser- und Schifffahrtsdirektion in Bremerhaven. Mag die Verlagerung der Verwaltung für die Binnenschifffahrt sinnvoll sein, muss jedoch die Zuständigkeit für die Seeschifffahrt küstennah angesiedelt sein. Dies fordert ein heute beschlossener Antrag, den alle Fraktionen eingebracht hatten.



Frank Willmann, für Häfen und Schifffahrt zuständig, machte zunächst deutlich, dass die die Reform der fast undurchschaubaren Verwaltungsstruktur wirklich nötig und sinnvoll ist. Die komplette Aufgabenübertragung an eine zentrale Stelle im Kernnetz der Bundeswasserstraßen in Bonn geht allerdings an den

Kompetenzanforderungen, die an der Küste nötig sind, vorbei. Auch für die „Kunden“ (Reedereien, Schiffsführer, Besitzer von Ufergrundstücken, Betreiber von Anlegern und Umschlaganlagen) ist die örtlich nahe Kompetenz von großer Bedeutung. Daher muss eine küstennahe Entscheidungs- und Fachkompetenzstelle bleiben, dort, wo auch heute die nötige Kompetenz vorhanden ist.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de